

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen  
für die Vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Peter Haß,  
S. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis  
für ganz Deutschland  
1 M. 50 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen deutschen  
Postanstalten auf den 1ten  
u. 3ten Monat und auf den  
5ten Monat besonders an-  
genommen; im kgr. Sachsen  
u. Erzg. Sachl.-Altenburg  
auch auf den 1ten Monat des  
Quartals a 54 Pf.

**Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.**

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Bergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 35.

Freitag, 26. März.

1875.

## Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt 1 Mark 60 Pf. (16 Gr.) pro Quartal, 54 Pf. (5 1/2 Gr.) pro Monat für ganz Deutschland.

Alle deutschen Postanstalten nehmen Abonnements entgegen. Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe bei dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

- für Deutschland 3 Mark 50 Pf. (1 Thlr. 5 Ngr.);
- für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien und Italien 4 Mark (5 Gros.);
- für Frankreich, die Niederlande, Portugal, Großbritannien, Rumänien und die Türkei 5 Mark (6 1/4 Gros.);
- für Spanien und für Amerika 6 Mark.

Der Abonnements-Vertrag ist bei Bestellung einzusenden.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis (mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. (18 Ngr.) pro Quartal und 60 Pf. (6 Ngr.) pro Monat festgesetzt. Man abonniert bei der Expedition dieses Blattes, Zeitzerstraße 44, und bei Colporteur Müller. Für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: **Volkmarzdorf, Reudnitz, Neuschönefeld, zc. zc.** bei Frau Engel, Reudnitz, Feldstr. 14, Hof 1 Tr., für **Connewitz zc.** bei Teubert, Vornaischestr. Nr. 19, für **Kleinzschocher** und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst, für **Thonberg** und **Neureudnitz** bei Zschau, für **Plagwitz** und **Lindenau** bei Schuster, Merseburgerstraße Nr. 26, für **Gohlis zc.** bei D. Penkert, Hauptstraße Nr. 19, für **Stötteritz** bei Fr. Vogenitz, Hauptstraße Nr. 38.

Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 75 Pf. (7 1/2 Sgr.) frei in's Haus abonniert, bei Trautmann, Mariannenstraße Nr. 4, 3 Tr.; Rubenow, Brunnenstraße Nr. 34 im Laden; J. Ehmann, Grünthalstr. 34.

Den „Volksstaat“-Colporteurs und Filial-Expeditionen zur Nachricht, daß mit Ablauf dieses Monats die Abonnementsgelder für das laufende Quartal beglichen sein müssen, und werden die Restanten hierdurch zur schleunigen Erfüllung ihrer Pflicht aufgefordert. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, das Abonnement für das zweite Quartal 1875 rechtzeitig erneuern zu wollen.

Nur bei Erfüllung dieser Bedingungen erfolgt weitere Zusendung des Blattes.

Alle Expeditionen der mit uns in Tausch stehenden Zeitungen zc. werden ersucht, uns durch die Post auch für das neue Quartal ihr Blatt zukommen zu lassen.

Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat.“

## An die Parteigenossen und Leser des „Volksstaat“!

Das erste Quartal in diesem Jahre neigt sich seinem Ende zu, und tritt an uns alle wieder die Pflicht heran, für die Verbreitung unseres Parteiorgans, des „Volksstaat“, mit verdoppeltem Eifer zu wirken und den Leserkreis zu erweitern, neue Abonnenten zu gewinnen, und so unserm besten und bewährtesten Kampfmittel immer mehr Einfluß und Geltung zu verschaffen.

Wenn es uns bisher trotz der außerordentlich schlechten Geschäftszeit, welche ja besonders auf dem Arbeiter doppelt drückend lastet, gelungen ist, den Abonnentenstand des „Volksstaat“ auf der bisherigen Höhe zu erhalten, so müssen wir jetzt, wo das Frühjahr naht und mit ihm die Lage des arbeitenden Volkes sich in etwas zu bessern beginnt, mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft dafür thätig sein, daß der Abonnentenstand sich hebe. Jeder einzelne Parteigenosse muß sich dies zur Aufgabe machen, damit auch auf diesem Feld das Geschrei der Gegner vom „Rückgang der Sozialdemokratie“ zu Schanden werde. Parteigenossen! bedenkt, daß in unserer Presse die Hauptmacht zur Bekämpfung der auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens herrschenden Reaktion liegt, und sorgt deshalb dafür, daß der „Volksstaat“ überall dort zu finden sei, wo es gilt, über unsere Grundzüge und Bestrebungen aufzuklären und den Gegnern die Maske der politischen Heuchelei abzureißen. Das Volk muß sie kennen lernen, jene Heuchler und Pfaffenbrecher, die, unter dem Schirm angeblich liberaler Reformen, Volkerecht und Volkwohl der Reaktion opfern, nur zu dem Zweck, die Privilegien ihrer Klasse, die ihnen der heutige Klassenstaat bietet, zu sichern. Wollen wir, daß unsere wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sich besser, sich volksthümlicher gestalten und daß die Bahn geschaffen werde, auf der wir schließlich zu dem großen Ziele der Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitals und der Herstellung eines wahrhaft freien Gemeinwesens gelangen, so müssen wir vor Allem dafür agitieren, daß unser Organ eine immer größere Verbreitung finde und unsere Ideen immer tiefer und tiefer in's Volk dringen. Zugleich müssen wir aber auch für den Anschluß an die Partei Sorge tragen und darnach streben, daß sich die Zahl der Leser unseres Organs

stets vermehre und die Partei-Organisation durch Zuführung von neuen Parteigenossen sich hebe und stärke. Vermehrung der „Volksstaat“-Abonnenten und Ausdehnung und Stärkung der Partei — dies sei unsere Lösung.

Hamburg, den 25. März 1875.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A.: J. Auer, Breitestraße 39.

H. Benneke, N. Schäferkamp 36.

## Etwas über Arbeiterstatistik.

(Schluß.)

Wir glauben nicht eher an die Wahrhaftigkeit der aufgeführten Zahlen des landwirtschaftlichen Congresses, als bis der Widerspruch mit den Angaben des Finanzministers gelöst ist. Man berufe sich nur nicht hierbei auf die Industriearbeiter, unter denen es auch viele mit einem Einkommen unter 140 Thalern gebe. Das ist gewiß richtig; aber in die Millionen kann sich diese Zahl nicht belaufen, weil bis dato in Preußen die Industriearbeiter weit weniger zahlreich sind als die landwirtschaftlichen Arbeiter, und die große Mehrzahl der Industriearbeiter ein jährliches Einkommen von über 140 Thalern unzweifelhaft hat.

Neben dem Finanzminister führen wir einen zweiten Zeugen für unsere Behauptungen ins Treffen: Herrn Prof. v. Lengerke, der im Jahre 1848 im Auftrage des königl. preuß. Landes-Oekonomie-Collegiums eine genaue amtliche Erhebung über das Einkommen der ländlichen Arbeiterbevölkerung vornahm. Darnach stellte sich das Solleinkommen einer Häuslerfamilie im Regierungsbezirk Königsberg auf 109 Thlr. 29 Sgr., Gumbinnen 85 Thlr. 12 Sgr., Marienwerder 105 Thlr. 12 Sgr., Posen 76 Thlr. 19 Sgr. zc., im Durchschnitt im ganzen Staate auf 105 Thlr. 2 Sgr. 9 Pf. Sicher hat sich seit 1848 das Einkommen der ländlichen Arbeiter, in Geld ausgedrückt, wesentlich gehoben, aber in dem Maße, daß eine Familie, die im Jahre 1848 im Regierungsbezirk Königsberg 109 Thlr. Einkommen hatte, heute 288 Thaler haben soll, ganz gewiß nicht; letztere Zahl wird Jeder auf den ersten Blick für Uebertreibung erklären müssen.

Beiläufig bemerkt, scheint die „Frankfurter Zeitung“ diese Zahlen für nicht übertrieben anzusehen. Sie zieht allen Ernstes einen Vergleich zwischen einem ostpreussischen Tagelöhner mit 288 Thlr. Einkommen und 278 Thlr. 13 Sgr. Ausgabe, und einem pfälzischen Tagelöhner mit 470 1/2 Thlr. (823 fl.) Einnahme und 422 Thlr. (738 1/2 fl.) Ausgabe. Die Tagelöhner-Kategorien mit den erwähnten Einkommen mögen da zu suchen sein, wo man die Berliner Klempnergesellen mit ihrem 1000 Thaler-Einkommen zu suchen hat — im Monde.

Haben die pfälzischen Tagelöhner wirklich ein Einkommen von über 9 Thalern pro Woche, und die meisten süddeutschen und rheinischen ein ziemlich gleiches, warum in aller Welt ist denn die ländliche Arbeiterbevölkerung so auf die Auswanderung verfallen, und warum sucht sie so eifrig ein Unterkommen in der Industrie, wo die Lohnsätze von durchschnittlich 8 und 9 Thlrn. pro Woche zu den größten Seltenheiten gehören?

Die „Frankfurter Zeitung“ schwärmt auch bei dieser Gelegenheit la 3. Stuart Mill und Miquel für die Parzellierung des Bodens. Sie scheint gar nicht zu wissen, daß die kleinen Bauern in ihrer nächsten Nähe, in Hessen, Nassau und am Rhein unter der Last der Hypothekenschulden seufzen und nur durch wahre Pflanzarbeit ihre Existenz momentan fristen.

Der Parzellenbauer kann auf die Dauer seine Existenz so wenig behaupten, wie der Kleinwerkbetreibende; beide sind Gebilde einer im Absterben begriffenen Gesellschaftsformation. Wo bliebe der Dampfflug, die Dampfdruckmaschine und alle die großen technischen Fortschritte der Landkultur; die Meliorationen, die verbesserten Dünger-Einrichtungen, die rationelle Viehzucht, die Verbesserung der Kulturen — wo blieben sie ohne den großen Grundbesitz? Der Großgrundbesitz, den sie „kulturfeindlich“ nennt, ist das ebenso wenig wie das Groß-Fabrikantentum. Beide sind Durchgangsstadien für eine höhere Gesellschaftsform, den Sozialismus; beide sind berufen, darzutun, daß auf einer gewissen Stufe der Kulturentwicklung die Aufrechterhaltung des Individualismus unmöglich ist. Wer für den Parzellenbauer schwärmt, ist, ohne daß er es will, reaktionär. Daß der große Grundbesitz im Osten Deutschlands schlecht bewirtschaftet ist, und die Erträge des Bodens eher ab- als zunehmen, liegt an ganz anderen Faktoren. Das liegt an dem Mangel der Industrie, der die Grundbesitzer zwingt, ihre Produkte einem entsehrten Markte zuzuführen, wodurch theurere Transportkosten entstehen, die ihnen den Profit ganz bedeutend schmälern. Das liegt ferner an dem Mangel der Kommunikationsmittel, die so erbärmlich sind, daß Güterbesitzer, die nicht hart an der Eisenbahn oder an einer der wenigen Staatsstraßen wohnen, keine Dampfdruckmaschine, keinen Dampfflug sich kaufen oder leihen können, weil dieselben auf den bodenlosen Wegen nicht fortzubringen sind. (Eigene Gesändnis des ostpreussischen landwirtschaftlichen Vereins.) Das liegt ferner an dem Düngermangel, der eine Folge der dünnen Bevölkerung ist, und zum Raubbau führt, an der Niederschlagung der Wälder, die das Land den Ost- und Nordost-Stürmen preisgeben und sein Klima und seinen Boden verderben haben; an dem Absterbenssystem Rußlands u. s. w. Nimmt man dazu noch die vernachlässigte Bildung der Bevölkerung, eine „Kulturarbeit“, an der Staat und Grundbesitzer gemeinsam gleich eifrig wirken, ein ausdauerndes Steuer- und Militärsystem — und man hat eine ziemlich Reihe von Ursachen, die den traurigen Zustand Ostdeutschlands hinlänglich erklären. Der preussische Staat hat mit seiner Großmacht-

Politik auf Kosten der Ostprovinzen Raubbau getrieben, und zwar nicht seit Jahrzehnten, sondern seit Jahrhunderten, das ist das Geheimniß der dortigen Zustände.

Wenn die „Frankfurter Zeitung“ ferner Herrn Miquel nachsetzt, und die Parzellierung der Staatsdomänen empfiehlt, so übersieht sie vollständig, daß Herr Miquel und Consorten die Parzellierung derselben nur empfehlen, weil sie auf diesem Wege allein die Staatsdomänen schließen können. Den direkten Verkauf derselben im Ganzen zu empfehlen, ginge nicht an; es würde Lärm machen und schwerlich angenommen werden. Da setzt man also die Maske des Wohlthäters auf, spricht für die Erhaltung der „kleinen Leute“, von den Vorteilen, welche die Erhaltung einer mittleren Gesellschaftsform für den Staat habe, und man erreicht seinen Zweck. Wir wollen nicht untersuchen, wie viele von den „kleinen Leuten“, die nach der Angabe des Finanzministers in so auffallend rascher Zeit ihre Anzahlungen geleistet, die Vorschüsse dazu den Freunden des Herrn Miquel verdanken, welche sie zu gelegener Zeit „einschlachten“ werden.

Und noch Eins. Die „Frankfurter Zeitung“ glaubt aus den hohen Lohn Differenzen abnehmen zu können, daß das „Lassalle'sche“ „eherne Lohngesetz“ auf einer Fiction beruhe oder nur in beschämter Ausdehnung Gültigkeit habe. Auch das ist ein Irrthum. Im Vorbeigehen sei bemerkt, daß jenes Lohngesetz nicht Lassalle's, sondern Ricardo's Entdeckung ist, wie Lassalle selbst ausdrücklich hervorhebt. Die „Frankfurter Zeitung“ hat übersehen, daß es sich bei diesem Lohngesetz um den „gewöhnheitsmäßigen“ Lebensunterhalt handelt; die Verschiedenheit der gewöhnheitsmäßigen Existenzbedingungen zwischen Ost und West ist aber, wie aus dem oben Angeführten zur Genüge hervorgeht, vorhanden, und sie erklärt die Differenz. Nach seiner gewöhnheitsmäßigen Lebensweise würde der westdeutsche ländliche Arbeiter unter den Lebensbedingungen des ostdeutschen auf keinen Fall bestehen können und wollen. Der Lohn in Westdeutschland möchte durch irgend welche Umstände noch so sehr gedrückt werden, nie würde er auf jene tiefe Stufe des ostdeutschen Arbeiters sinken; die Arbeiter würden lieber in Massen auswandern und in andere Arbeitszweige übergehen, bis der Lohn seine, ihren Lebensgewohnheiten entsprechende Höhe wieder erreicht hätte.

Deshalb will auch die Sozialdemokratie von der Schulze-Dehlig'sch-Marx-Hirsch'schen Spar- und Harmonietheorie nichts wissen. Sie findet den Kulturfortschritt nicht in der möglichsten Einschränkung der Bedürfnisse, sondern in deren möglichster Erweiterung auf alle Gesellschaftsglieder. Sie will den Großbetrieb in Industrie und Ackerbau, um mit der höheren Kultur-entwicklung, die Beide repräsentieren, geregeltere Arbeits- und Lohnverhältnisse für den Einzelnen, und schließlich eine erleichterte Expropriation des Besitzes für die Gesamtheit herbeiführen zu können. Sie will nicht Grund und Boden und Industrie „theilen“, sondern im Gegentheil concentriren, indem sie beide zum Gesamteigentum macht und in technisch vollkommenster Weise bewirtschaftet.

Doch zurück zu unserem eigentlichen Thema: der Arbeiterstatistik.

Wir haben uns nun mit der Lebensaltersstatistik des Herrn Dr. Ludwig Hirth zu befassen. Wir schicken voraus, daß wir dem Glauben einer absichtlichen Fälschung von Thatsachen, wie er hier und da bei den Lesern des „Volksstaat“ vorhanden zu sein scheint, bei Dr. Hirth kein Grund vorliegt. Wir müssen im Gegentheil constatiren, daß unserer festen Ueberzeugung nach Dr. Hirth ausschließlich im Interesse der Wissenschaft und der Arbeiter seine Untersuchungen angestellt hat; und er hat es sich, das wird Niemand verkennen, der sein Buch gelesen, große Opfer an Zeit, Geld und Mühe kosten lassen. Wir können die Anschaffung desselben Jedem, dem seine Mittel es erlauben, mit gutem Gewissen empfehlen.

Wenn die Resultate der Untersuchungen mangelhaft sind, was der Verfasser selbst anerkennt, so liegt es nicht an ihm, sondern daran, daß er bei Sammlung des Materials auf seinen Reisen durch Deutschland, Frankreich, Belgien und die Schweiz bei einem erheblichen Theile der Fabrikanten auf großen Widerwillen und brüske Abweisung gestoßen ist, bei dem anderen Theile, mit seltenen Ausnahmen, keinerlei feste statistische Unterlagen bekommen konnte.

Unseres Erachtens ist es überhaupt für einen einzelnen Mann, und sei er an Arbeitskraft ein Hercules, ein nicht zu bewältigendes Stück Arbeit, das große und gewaltige Gebiet der gewerblichen und industriellen Beschäftigungen durch eigene Untersuchungen so zu bearbeiten, daß sich sichere Resultate ergeben. Auch das Zurathziehen der einschlägigen Literatur, worin Dr. Hirth großes Fleiß entwickelt hat, genügt dazu noch nicht; denn diese Literatur ist in ihren Resultaten meist unsicher. Sie bezieht sich entweder auf einen zu kleinen Kreis der Beobachtung oder ermangelt bei der Ausdehnung über ein größeres Gebiet der Zuverlässigkeit und Gründlichkeit. Der Mangel einer durch große Mittel und Organisationen, wie sie nur der Staat hat und herstellen kann, geleiteten Morbiditäts- (Krankheits-) und Mortalitäts- (Sterblichkeits-) Statistik macht sich hier recht deutlich fühlbar.

Dr. Hirth hat nun unseres Erachtens den Fehler gemacht, daß er einseitig den mündlichen Aussagen der Arbeitgeber zu große Bedeutung beilegte, andererseits seine sogenannten Durchschnittsziffern aus einer so kleinen Zahl von Fällen extrahirte (auszog), daß diese Ziffern auf Richtigkeit keinen Anspruch erheben können. Der Arzt und der denkende Laie, der Dr. Hirth's Buch liest, wird wissen, wie er mit den statistischen Resultaten daran ist, der oberflächliche Leser aber, oder derjenige, dem es um Schönfärberei der



Arbeiterverhältnisse zu thun ist, wird sich die aufgestellten Listen ganz anders zurecht legen, und so geschieht es denn, wie kürzlich der „Volksstaat“ der Wiener „Allgemeinen illustrierten Kunst- und Industrie-Zeitung“ entnahm, daß man als positive und unumstößliche Thatsachen in die Welt posant, was in Wirklichkeit auf sehr schwachen und unsicheren Füßen steht.

Auch ist Herr Dr. Hirth, durch seinen Optimismus und das Vertrauen in gemachte Angaben verleitet, in manchen Fällen zu Resultaten gekommen, in denen er sich selbst widerspricht.

Er sagt z. B. Seite 144 des II. Bandes über die Cloakenfeger: „Das Personal, welches zum Reinigen der Senkruben u. verwendet wird, ist ein ununterbrochen wechselndes, Cloakenfeger als solche, d. h. die sich mit nichts Anderem beschäftigen, giebt es unseres Wissens überhaupt nicht, und in Folge dessen ist es natürlich nicht nur nicht möglich, statistische Belege zu erhalten, sondern auch sehr schwierig, irgend wie verwendbare oder zuverlässige Beobachtungen anzustellen.“ Und auf Seite 145: „Leibny, Murdochson, Budd, Piebermeister u. A. haben über ähnliche Fälle (nämlich eigenthümliche Fiebererkrankungen) genügend berichtet, und die Zahl der qu. Erkrankungen ist unter den Cloakengase ausgefegten Arbeitern eine so relativ (vergleichsweise) bedeutende, daß man wohl einen Causalzusammenhang (ursächlichen Zusammenhang) mit der Inhalation (Einathmung) der Gase anerkennen muß. Freilich bedarf derselbe noch sehr der Aufmerksamkeit der Kliniker.“ Nach diesen alles Andere, nur keine Bestimmtheit des Urtheils zulassenden Beobachtungen kommt er dennoch zu dem Urtheil: „Die durchschnittliche Lebensdauer der qu. Arbeiter ist eine hohe, den uns zugegangenen Mittheilungen zufolge darf man sie auf 58—60 Jahre annehmen. Der Sterblichkeits-Prozentsatz beträgt 1,0—1,5 pCt.“

Erst erklärt Dr. Hirth: eigentliche Cloakenfeger von Beruf giebt es nicht, statistische Belege fehlen, die Fiebererkrankungen sind relativ häufig, und kurz darauf: die Lebensdauer ist eine hohe, der Sterblichkeits-Prozentsatz gering. Das reimt sich, wer kann. Die einzige Erklärung dieses Widerspruchs ist, daß, weil die Arbeiter, namentlich wenn sie jung sind, nicht bei der Beschäftigung des Cloakenfegens bleiben, alte Männer, die anderwärts kein Unterkommen mehr finden, dem unsauberen und lebensgefährlichen Geschäft des Cloakenräumens sich zuwenden, und natürlich, weil sie alt eintreten, in hohem Alter sterben. Auf sechs oder zwölf solcher Fälle gestützt, wird dann die „Statistik“ entworfen.

Ein anderes Beispiel, welches zu dem umgekehrten Resultat wie bei den Cloakenfegern führt, liefern die Eisenbahnmaschinisten und Heizer.

Herr Dr. Hirth erzählt auf Seite 127—130 des II. Theiles die Einwirkungen des Dienstes für Führer und Heizer auf der Locomotive; er selbst hat Versuchs halber längere Fahrten auf der Locomotive mit gemacht. Er kommt zu dem Resultat, daß der Dienst des Locomotivführers ein sehr anstrengender sei, meint aber, „daß, wenn der Mann Anfangs gesund war, und selbstverständlich abgesehen von etwaigen Unglücksfällen, er nach 20jähriger Dienstzeit noch ebenso gesund und rüstig sein kann als vorher.“ Er fährt dann fort: „Man untersuche eine hinreichende Anzahl gebierter Locomotivführer — in der Mehrzahl der Fälle sind es kräftige gebräunte Männer, deren Sinne sich auffallend scharf entwickelt zeigen, deren Verdauung in bester Ordnung, deren Gesundheitszustand, allen schädlichen Momenten zum Trotz, nicht zu wünschen übrig läßt. In der Mehrzahl der Fälle sagen wir; der Rinderzahl aber, bei der sich ernste Folgen ihres schweren Berufs zeigen, dürfen wir auch nicht vergessen. Diese Rinderzahl würde bei der Bedeutung der gesundheitsfördernden Momente weit größer sein, wenn die Ausübung des Berufs nicht zugleich die Gesundheit stärkte und den Organismus stärkte.“ Nach diesen Ausführungen muß der Leser nothwendig zu dem Schluß kommen, daß das Durchschnittsalter dieser Leute ein hohes sei; merkwürdigerweise ist das gerade Gegenteil der Fall. Dr. Hirth giebt das Durchschnittsalter der bei der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn von 1866—1871 gestorbenen Heizer und Locomotivführer auf nur 35 Jahre an.

Dieses von den Cloakenfegern so abweichende Resultat erklärt sich sehr einfach: Hier lagen Dr. Hirth genau geführte Listen vor, bei den Cloakenfegern nicht; und mag auch die Zahl der Todesfälle in den 6 Jahren eine zu geringe gewesen sein, um eine genaue und maßgebende Berechnung zuzulassen, so ist doch sicher, daß diese Zahlen der Wirklichkeit viel näher kommen, als die über die Cloakenfeger, wo jede sichere statistische Mittheilung fehlte.

Wir fügen diesen Beispielen noch hinzu, daß Dr. Hirth die Durchschnittslebensdauer der Seifenfieder, die er auf 61<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Jahre angiebt, aus acht Todesfällen zieht; daß er die Lebensdauer der Feilenhauer auf 54 Jahre berechnet, obgleich er den Prozentsatz der Lungenkrankheiten dieser Arbeiter in der enormen Höhe von 91,8 Prozent angeben und Mangel an statistischen Belegen hervorheben muß. Beiläufig haben die Feilenhauer den höchsten Prozentsatz an Lungenkrankheiten von allen Beschäftigungen. Die Durchschnittslebensdauer der Salinarbeiter, und zwar der Grabdixer, schätzt er auf Grund von fünf Fällen auf mindestens 70 Jahre, das der Parfümeriearbeiter, ebenfalls nach fünf Todesfällen, auf 63,5 Jahre.

Wir glauben, daß die angeführten Beispiele und Zahlen genügen, um das Unrichtige und Unwahrscheinliche der Hirth'schen Arbeiter-Lebensaltertabelle darzutun.

Wenn wir dennoch das Buch empfehlen, geschieht es, weil es neben seinen Mängeln auch eine Menge belehrenden Materials über die Arbeiter-Krankheiten und die Gefahren, denen die Arbeiter in den verschiedensten Erwerbszweigen ausgesetzt sind, enthält, und weil daraus zu entnehmen ist, wie und auf welche Weise die Arbeiter sich gegen die Hauptgefahren zu schützen vermögen.

Auch mit den Abhilfsmitteln, die Dr. Hirth vorschlägt, kann man sich im Großen und Ganzen einverstanden erklären. Er verlangt genaue Controle Seitens des Staats durch medicinisch gebildete Inspektoren; Einrichtung aller für die Gesundheit der Arbeiter gebotenen Schutzmaßregeln; absolutes Verbot der Aufnahme von Arbeitern unter 18 Jahren in den Fabriken, wo der Gewerbebetrieb sehr gefährlich ist, und Zulassung der erwachsenen Arbeiter in diesen Gewerben nur nach vorausgegangener Unterfuchung.

In einer zweiten Kategorie will er zwar die jugendlichen Arbeiter vom 12. Jahre an zulassen, aber nur nach stattgehabter ärztlicher Unterfuchung; in der dritten Kategorie endlich sollen die Arbeiter ohne Unterschied beschäftigt werden können. Er verlangt ferner Einführung des Unterrichts über die Noththeile der Beschäftigungen in allen Unterrichtsanstalten, in denen Technologie gelehrt wird u.

Zum Schluß bemerken wir, daß das Buch nur für die ganz verständlich sein wird, die an wissenschaftliche Lectüre gewöhnt oder

mit einem guten Fremdwörterbuche ausgestattet sind; aber jede Gewerkschafts-Verwaltung und jeder Krankenlassenvorstand sollte sich das Hirth'sche Buch anschaffen; sind auch nicht alle Angaben zuverlässig, so kann man doch Vieles aus demselben lernen.

### Camphausen's Rezept.

Vor einigen Tagen schrieb man uns: Durch die Zeitungen geht jetzt folgende Notiz: „Die hannoversche Staatsbahn beabsichtigt, die Löhne um 10 Prozent durchweg zu ermäßigen. Sie hat hierbei den eigenthümlichen Weg eingeschlagen, auch anderen größeren Arbeitgebern der Hauptstationen ihrer Bahnlinsen die Herbeiführung einer gleichen Löhnerabsetzung vorzuschlagen. Eine derartige Maßregel sollte jedoch Arbeitgebern allein überlassen bleiben.“ — Bortrefflich gefeuert, nicht wahr? Doch nachdem Herr v. Camphausen unter Beifall der Bourgeoisie die Lösung ausgegeben hat, durften die Kerzte nicht ausbleiben, um sich an der Wiederherstellung der niedrigen Arbeitslöhne zu versuchen. Die „Staatsbahn“ eignet sich um so mehr zu solchem Versuch, als sie erst vor  $\frac{1}{2}$  Jahre ihre Passagereise und Frachttarife um durchweg 20 Prozent erhöht hat. Dies kennzeichnet mehr als alles andere die „warmen Herzen“, welche so viele „Macher“ angeblich für die Arbeiter im Hut tragen. Den Arbeitern aber rufen wir zu: Seid auf Eurer Hut und organisiert Euch, denn „wer sich zum Lamm macht, den fressen die Wölfe.“ —

Seit wir Obiges erhalten, sind uns bereits weitere Mittheilungen über das erwähnte scandalöse Vorgehen zugekommen. In Nr. 62 der „Provinzial-Zeitung, Tageblatt für die Hafenstädte Bremerhafen, Geestemünde und Kreis Lehe“, d. d. 14. März 1875, finden wir nachstehenden Bericht: Der Arbeitergewerksverein war auf Freitag Abend nach dem Clubhause einberufen, um über die Beantwortung eines Schreibens der Hannoverschen Eisenbahndirection, Arbeitslohn-Ermäßigung betreffend, zu berathen. Diese gewiß interessante Tagesordnung, die nebenbei noch Allerlei vermuthen ließ, hatte denn auch die meisten Mitglieder des Vereins zum Erscheinen veranlaßt. Herr Consul Beermann, welcher der Versammlung präsidirte, verlas nach Eröffnung ein Schreiben der Königlich hannoverschen Eisenbahndirection, geg. Spielhagen, welches er als Arbeitgeber, nicht als Vorstand des Arbeitgebervereins erhalten habe. Die Eisenbahn-Direction erklärt in demselben ihre Absicht, vom 1. April an eine Reduktion sämmtlicher Arbeitslöhne um 10 Proc. eintreten zu lassen und bittet von dem Adressaten Auskunft, ob er eine solche Reduktion event. ebenfalls eintreten lassen wolle. Redner (B.) fügte nach Verlesung des Schreibens hinzu, daß er dieses habe zur Kenntniß aller Arbeitgeber bringen wollen, und daß er die sämmtlichen Innungen bäte, sich über die vorliegende Frage schlüssig zu machen und ihm das Resultat ihrer Beratungen baldmöglichst mitzutheilen. Bei den Hafenbau-Arbeitern sei eine Lohnreduktion von 10 Proc. mit 1. April d. J. bereits beschlossen, die Schiffszimmerbaue aber beabsichtigten eine gleiche Maßregel, wenn ihre Kollegen im Odenburgischen damit einverstanden wären.

Herr Maurermeister Hanje, der zuerst das Wort nahm, meint, daß, „da die anderen Arbeitgeber an eine Lohnreduktion denken könnten, die Spediture und Annehmer (bei Schiffen) eine solche eintreten lassen müßten, worauf Herr Heinrichs (Annehmer) erklärt, daß er seinen Arbeitern eine Lohnkürzung nicht zu Theil werden lassen könne, so lange die Produkte und Lebensmittel nicht ebenfalls billiger geworden seien. Herr Consul Beermann hält dem entgegen immer noch den Augenblick für geeignet zu einer Lohnreduktion, da die Regierung mit einer solchen vorangehe. Gegen ihn wendet sich Herr Reuter (Hauszimmermeister); derselbe theilt mit, daß die Janung, welcher er angehört, bereits beschlossen habe, in diesem Jahre keine Lohnreduktion einzuführen. Die Mitglieder wollten vielmehr abwarten, ob das Geschäft sich nicht heben würde, und falls dies nicht der Fall sei, so wäre im nächsten Jahre noch immer Zeit genug zu einer Lohnermäßigung. Sie wären jetzt zufrieden, daß sie mit ihren Arbeitern zur Ruhe gekommen wären, und hätten nicht die Absicht, neue Kämpfe durch eine Lohnreduktion herbeizuführen, unter denen Arbeiter wie Arbeitgeber litten. Lebensmittel und Produkte seien um nichts billiger geworden und würden nach einer Lohnreduktion auch um nichts billiger werden; was aber dem Einen recht ist, das sei dem Andern billig. Erforderte die Geschäftslage im nächsten Jahre eine Lohnreduktion, dann wären auch sie bereit zu einer solchen, jetzt nicht.

Die Versammlung gab diesen Ausführungen indirekt durch ihr Schweigen ihre Zustimmung zu erkennen. Nachdem auf die Frage des Vorsitzenden, ob noch Jemand das Wort wünsche, die Bitte an ihn gerichtet war, das Schreiben der Bahnverwaltung dahin zu beantworten, die Regierung möge mit der beabsichtigten Maßregel noch einige Zeit warten, um zu sehen, wie sich das Geschäft machen würde, erklärte derselbe, daß er dies nicht thun würde — und schloß die Versammlung.

Dies der Bericht. Das Schreiben der königlich hannoverschen Eisenbahndirection ist in Nr. 63 der „Provinzial-Zeitung, Tageblatt u.“ d. d. 16. März veröffentlicht und lautet:

„Bremen, 6. März 1875. Mit Rücksicht auf die in der Privatindustrie schon während des vergangenen Jahres fast allgemein eingetretene Herabminderung der Arbeitslöhne erachten wir es für angezeigt, gegenwärtig auch bei den Arbeitern der Eisenbahn-Verwaltung auf eine Lohnreduktion Bedacht zu nehmen und beabsichtigen demgemäß vom 1. April d. J. an für die Lohn- und Akkordarbeiter auf den Bahnhöfen zu Geestemünde und Bremerhafen, wie bei allen übrigen Eisenbahn-Arbeitern um durchschnittlich 10 Proc. ermäßigte Lohnsätze in Anwendung zu bringen. Ehe wir jedoch diesen Entschluß zur Ausführung bringen, wollen wir nicht unterlassen, Ihnen davon mit der ergebenden Anfrage Mittheilung zu machen, ob nicht auch Sie, sofern solches bisher Ihrerseits noch nicht geschehen sein sollte, geneigt sein sollten, bei den von Ihnen beschäftigten Arbeitern, in Rücksicht auf das allgemeine Sinken der Arbeitslöhne, eine gleiche Lohnermäßigung zur Ausführung zu bringen. Indem wir um eine gefälligst thunlichst baldige Rückäußerung ergebens bitten, bemerken wir noch, daß wir auch an die übrigen bedeutenderen Arbeitgeber zu Bremerhafen und Geestemünde eine gleiche Anfrage gerichtet haben.“

Königliche Eisenbahn-Direction.  
geg. Spielhagen.“

Dieses Schreiben ist ein unbehagliches Monument des heutigen Klassenstaates. Unerhöhrter und unverlorener kann sich der Staat nicht als Klassenstaat proklamiren. Das berüchtigte Wort Camphausens war nicht die persönliche Aeußerung eines Ministers, der notorisch ein eingestrichelter Bourgeois ist — es war ein Programm, das Programm des Klassenstaats. Bei den Landtagsverhandlungen über die Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung kam es schon an den Tag, daß der preussische Staat als Arbeitgeber das Camphausen'sche Lohnkürzungs-Rezept zu befolgen

entschlossen war. Jetzt wissen wir, daß der preussische Staat als Arbeitgeber nicht nur in rückwärtsloseter Weise nach den rückwärtsloseten Bourgeoismaximen handelt und einzig auf Ausbeutung der Arbeiter bedacht ist, sondern auch daß er für diese seine Bourgeoismaximen unter den Privatarbeitgebern, die für das Rangkessertum noch nicht völlig gewonnen sind, Propaganda macht, daß er, der Staat, mehr Bourgeois ist als die Bourgeois selbst. Der Staat als Arbeitgeber Propaganda machend für Drückung der Arbeitslöhne, für intensivere Ausbeutung der Arbeiter — das ist noch nicht das Gemeine. Und dieser Staat ist der nämliche Staat, welcher einst sehr stark in Regierungssozialismus gemacht hat, der Staat, welcher neuerdings wieder von „Arbeiterfreundlichkeit“ überfließt und die „Lösung der sozialen Frage“ erschlich in Angriff genommen zu haben behauptet oder es doch durch seine Prekzeptilien behaupten läßt. Merkt's euch, ihr Arbeiter. Die gerühmte „Arbeiterfreundlichkeit“ heißt: schlechtere Bezahlung der Arbeit, heißt: vollständige und allgemeine Unterdrückung der Arbeiter, heißt: Ausbeutung der Kapitalisten gegen die Arbeiter!

Der Staat, welcher den Schwachen gegen den Starken zu schützen hat, hegt den Starken gegen den Schwachen. Merkt's euch, ihr Arbeiter! Das ist der Klassenstaat. Das habt ihr von dem Klassenstaat zu erwarten. So löst der preussische Staat die Arbeiterfrage.

### Politische Uebersicht.

— Der „Kulturkampf“ scheint sich dem Ende zuzuneigen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden sich Ratten und Säbel bald wieder zärtlich umarmen. Ein paar Wochen früher oder später — geschehen wird's.

— Gesellschaftsretter Tessendorff wurde im letzten Berliner Sozialistenprozeß von Reimer interpellirt, warum er (Tessendorff), der gegen die Sozialisten eine so streberische Thätigkeit entwickele, den Gründern nicht die mindeste Aufmerksamkeit widme. „Staatsanwalt Tessendorff“, heißt es in dem Bericht der „Nationalzeitung“, „freut sich, hierauf antworten zu können. Er bedauert sehr, daß keiner dieser Gründer den Rath habe, gegen seine betrügerischen oder verbrecherischen Collegen vor die Staatsanwaltschaft mit einer Anklage hinzutreten; das Höchste, wozu sich diese „Herren“ verstehen, sei, daß sie der Staatsanwaltschaft anonym die betreffenden Zeitungsartikel rothangestrichen zuschicken. Auf einen bloßen Zeitungsartikel sei aber die Staatsanwaltschaft nicht in der Lage, gegen diese Gründungen und Gründer vorzugehen, wiewohl die Staatsanwaltschaft ex officio von diesen Artikeln Kenntniß nimmt.“ — Ein Wordstück dieser abgemunkelte Tessendorff. Wahrhaftig, so viel — „Genialität“ hätten wir ihm nicht zugetraut. Also Tessendorff „freut sich“, sein „Bedauern“ äußern zu können, daß die Gründer keine Lust haben, die Gründer zu denunziren, und daß er deshalb den Gründern nicht an den Krügen kann. Nur wenn die Spigbuben die Spigbuben denunziren, kann Staatsanwalt Tessendorff den Spigbuben zu Leib gehn. Wir sind überzeugt, die Spigbuben sind anständig genug, Herrn Tessendorff eine Vertrauensadresse zu votiren, — thun sie es nicht, so sind die Spigbuben recht undankbare Spigbuben. Den Juristen Tessendorff aber erlauben wir uns zu fragen, ob seine „geniale“ Doktrin allgemeine Gültigkeit hat oder bloß für die Spigbuben gilt. Ist das Erstere der Fall, so möge er uns die Sozialisten nennen, welche als Denunzianten ihm seine Sozialistenprozesse ermöglicht haben. Ist das Letztere der Fall, nun so stempelt Herr Tessendorff die Staatsanwaltschaft zu einem Institut für die Rettung der Gesellschaft — der Spigbuben.

— Lieber todt als Soldat! Die Selbstmordepidemie unter den Soldaten ist schon vielfach von uns besprochen und auf ihre wahren Ursachen zurückgeführt worden. Anstatt sich zu vermindern vermehren die Selbstmorde sich in der Armee, was in der zunehmenden „Strammheit“, welche sich in frischen, fröhlichen „Plattneraffären“ äußert, einen genügenden Erklärungsgrund findet. Im Volk greift auch die Erkenntniß des wahren Wesens der Rottschuligen Schule mehr und mehr Platz. Trotz der Arbeitslosigkeit, welche in Amerika herrscht, ziehen unsere Reservencandidaten zu Tausenden über den Ocean, und — wer das nicht kann, hilft sich mitunter auf andere Weise und entschließt sich zu einer noch größeren Reise. Da lesen wir z. B. in einer der letzten Nr. des „Leipziger Tageblatts“: „Am Schlenker'schen Wege beim sog. Kopfweg wurde am Sonnabend Morgen der Leichnam eines hiesigen 20 Jahre alten Handlungscommiss Richard E. im Fleißensflusse aufgefunden und amtlich aufgehoben. E., welcher sich zur Rekrutierung zu stellen gehabt, soll sich zu Freunden geäußert haben, daß, wenn er ausgehoben würde, man ihn nicht wieder sehen werde. Da er nun wirklich bei der Stellung für thätig befunden und zum Militär ausgehoben worden, scheint die Annahme gerechtfertigt, daß er deshalb absichtlich den Tod im Wasser gesucht hat.“

Also: lieber todt als Soldat! Ob Herr Hüttner wohl die Moral und Tragweite dieser Notiz begriffen hat, die jedenfalls für jeden Denkfähigen taufenmal mehr Wichtigkeit besitzt als sämtliche Reptilienartikel über Kulturkampf, Bismarck's Nerven, Kaisers Geburtstag und ähnliche Reichsherrlichkeiten? Lieber todt als Soldat. Welch furchtbare Anklage gegen den Militarismus! Und mehr als Anklage — Verurtheilung. Ja, schüttelt nur die Köpfe, ihr Arbeiter der herrschenden Götzen und Moloch. Euer Södentempel ist morsch, trotz des äußeren Glanzes, das Fundament wackelt — lieber todt als Soldat! Der Gedanke ist nicht mit dem unglücklichen Jüngling erfauft worden, den die Segnungen der Rottschuligen „Schule“ in den Tod getrieben haben. Er lebt fort, er wirkt fort, und wird sich einst auch in anderer Form betheiligen. Lieber todt als Soldat — Merkt's euch wohl, ihr Herren, das ist das Grabgeläute des Militarstaats. —

— Der „große“ Historiker Theodor Mommsen schreibt in seiner Römischen Geschichte auf S. 96 des ersten Bandes (wir citiren die 5. Auflage vom Jahre 1868), indem er beweisen will, daß die allgemeine Wehrpflicht, die König Servius in Rom eingeführt, indirekt dem Plebs die politische Carriere eröffnet habe, bündig so: „Wer Soldat werden muß, muß auch Offizier werden können, so lange der Staat nicht faul ist.“ Wir enthalten uns jedes Commentars zu dieser Bemerkung. Nur richten wir an den Hrn. Fall im Kultusministerium zu Berlin, der noch neuerdings die Remotion (Entfernung) des sozialistischen Berliner Privatdozenten, des Dr. Dühring, eifrig betrieben, da dieser einen ordentlichen Professor, Herrn A. Wagner, anzugreifen sich erdreistete, wir richten an Herrn Fall die ergebene Frage, ob denn der Staat gegen ordentliche Professoren wehrlos ist. Es ist doch unerhöhr, daß der zeitige Rektor der ersten deutschen Bildungs-



ankalt offen und unzweideutig das deutsche Reich für „faul“ erklärt. An Herrn Th. Mommsen aber die ergebene Bitte, bei der nächsten Auflage seines geschätzten Buches diesen Makel auszumergen. Er weiß, was ihm sonst zu Theil wird. Die Erinnerung an Jugendjahren, an einen „falsch angebrachten Patriotismus“ erwacht, die offizielle Reute an der Spree, Elbe, Weser wird losgelassen, Herr R. Gneist kündigt ihm salbungsvoll „so Gott will“ die Freundschaft auf, er ist verfehmt als Reichsfeind, Genosse der Schwarzen und Rothten, schlummer noch als „Hans in allen Ecken“, der liebe Collega von früher“, seitdem er den pommerischen Junker wider den aus der Altmark vor der siebenten Criminaldeputation verteidigte. Ew. Magnificenz möge solches erwägen!

— Folterknechte des neunzehnten Jahrhunderts. Nachdem Rochefort im neuesten Hefte seiner „Laterna“ erzählt hat, daß der eifrige legitimistische Deputierte Herr de Francien verschiedenen gefangenen Kommunisten kurz nach der Passirung von Paris brieflich angetragen habe, sie sollen sich verpflichten, fortan für Heinrich V. zu wirken, alsdann werde er mit seinen Freunden ihre Amnestierung durchsetzen, kommt er auf die Behandlung der gefangenen Kommunisten zu sprechen und erzählt: „Der Direktor des Zellengefängnisses zu Versailles, in welchem ich mit Kossel, Kullier, Maroteau, Coarbet und Anderen saß, machte sich ein Vergnügen daraus, uns mit salbungsvoller Stimme von Zeit zu Zeit Nachrichten mitzutheilen, von welchen er meinte, daß sie uns das Herz zerreißen müßten. Zu dem Einen sagte er ganz gerührt: „Die Zeitungen melden, Ihre Frau sei während der Strafkämpfe erschossen worden. Hoffen wir, daß sich die Nachricht nicht bestätigt.“ Einem Andern theilte er in betrübtem Tone mit, seine Kinder seien ebenfalls ins Gefängniß geworfen worden, wo es ihnen erbärmlich gehe. Sein bestes Hentersstückchen aber verübte er an dem alten Legionneshof Oberst Lisbonne. Dieser, auf einer Barrikade mit zerschmettertem Bein gefangen genommen, wurde vom Kriegesgericht zum zweiten Mal zum Tode verurtheilt, nachdem das erste Urtheil wegen eines Formfehlers umgestoßen worden war. Lisbonne, der keine Hoffnung mehr hegte, sagte nun zu diesem Schirren, daß er nur noch eine einzige Verwandte, eine allein stehende alte Cousine habe, er bitte ihn daher, an diese schreiben und sie zu sich bitten zu dürfen, sobald die Stunde der Hinrichtung herannahet. Sei dies der Fall, so brauche der Direktor ihn nur aufzufordern, er solle an seine Cousine schreiben. Er werde dann daraus entnehmen, daß seine letzte Stunde geschlagen habe. Der Direktor vertraute ihm auf die mögliche Begnadigung, versprach ihm aber zuletzt mitleidig senkend seinen Wunsch zu erfüllen. Wochen vergingen, in Lisbonne tauchte die Lebenslust und das Vertrauen wieder auf, da es schien eines Tages der edle Beamte mit sorgenvollem Gesichte. „Herr Lisbonne“, sagte er, „Sie beauftragten mich, wenn es Zeit sein würde, Sie zu einem Briefe an Ihre Cousine zu mahnen.“ „Nun?“ „Ich glaube, es ist Zeit.“ „Also habe ich nur noch wenige Stunden zu leben?“ „Ich kann nicht mehr sagen, aber Sie werden gut thun, Ihre Cousine kommen zu lassen.“ Es war 10 Uhr Morgens, und Lisbonne war jetzt außer Zweifel, daß er mit nächstem Sonnenaufgang erschossen werden würde. Sofort setzte er sich zum Schreiben, als plötzlich ein Geläch des Kriegesgerichts in seine Zelle gebracht wurde, der ihm die Verwandlung der Todesstrafe in Freiheitsstrafe mittheilte. Der Direktor hat später selbst erzählt, er habe den Gefangenen absichtlich in den Glauben versetzt, daß seine letzte Stunde unmittelbar bevorstehe, denn er wäre neugierig gewesen, zu sehen, wie ein tapferer Mann die Nachricht seiner demnächstigen Hinrichtung aufnehmen würde. Er habe dem Rigel nicht widerstehen können.“

— Vorwärts! Also ist ein Artikel überschrieben, welchen die Nr. 12 des in Bukarest erscheinende „Arbeiterbund“ enthält. Nachdem in diesem Artikel die Arbeiterorganisationen in Oesterreich-Ungarn besprochen und auch der bevorstehenden Vereinigung der sozialdemokratischen Fraktionen Deutschlands gedacht ist, heißt es daselbst am Schluß: „Was nun das Ausblühen einer slavischen Arbeiterbewegung anbetrifft, so kann man füglich hier keinen so strengen Maßstab für das bisher Geschehene anlegen, im letzten Jahre hat sich aber doch der Sinn und das Trachten nach Vereinigung bedeutend vergrößert. Das bisher Geschehene genügt aber gegenüber den Erfolgen, welche unsere Brüder in Ungarn, Oesterreich und Deutschland hinsichtlich der vorwärts gehenden Organisation und des Vereinsgeistes erzielen, nicht mehr. Viel größer muß die Theilnahme der slavischen Arbeiterschaft an der Vereinigung aller Arbeiter werden, wenn je Resultate erzielt werden sollen, die des Kampfes werth sind. Darum vorwärts! ihr Arbeiter von Kroatien, Slavonien und Dalmatien!“

— Durch Schließung der Fabrik (Aktiengesellschaft) von Münnich sind in Chemnitz plötzlich 600 Arbeiter brodlos geworden. Abgesehen nun von den Arbeitern, die jetzt dem Hunger Preis gegeben sind, scheinen bei diesem Fallissement auch gefesselt strafbare „Unregelmäßigkeiten“ vorgekommen zu sein. So berichtet hierüber der stets gut informirte finanzielle Wochenberichterstatter des „Leipziger Tageblatt“: „Wir können nicht den Wunsch unterdrücken, daß dem Strafgericht Gelegenheit gegeben sein möge, auch ein Wort hinsichtlich der Angelegenheit Münnich dreinzureden. Dinge, wie sie in dieser Gesellschaft vorgekommen, gehören denn doch nicht zu denen, die mit bloßer Zeitungspolemik abgethan sind. Auf Grund der 1873er Inventur wurden bekanntlich 20 Prozent Dividende vertheilt, und außerdem je 22,633 Thlr. dem Direktor und dem Aufsichtsrathe Tantiemen gegeben. Die Vergleichung einer großen Anzahl von Inventuranfängen von 1873 mit den damals höchsten Werthen der betreffenden Objekte soll unter andern mindestens 140,000 Thlr. Uebersetzung ergeben. Es wurden seitens der dazu berufenen Beamten verschiedene Versuche gemacht, durch immer höheres Ansehen der Preise endlich zu dem gewünschten Gewinnerweise zu gelangen.“ „Es kann uns gleichgültig sein, ob diesen Gründern der Prozeß gemacht wird oder nicht, beruht doch die ganze heutige Produktion auf der Ausbeutung, gepaart mit Schwindel und Betrug. — Nicht auf die Aburtheilung dieses oder jenes Gründers kommt es an, nein, die ganze heutige Produktion, an deren Brüsten sich das Gründerthum großgefogen hat, muß beseitigt werden. Dann ist auch das Gründerthum, das politische wie ökonomische, beseitigt.“

— Der Redakteur des „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“, J. Baumann, ist von dem Schwurgericht in Ansbach wegen verschwiegener Pressevergehen zu drei Monaten Gefängniß und

zu drei Reichsmark Geldstrafe verurtheilt worden; von dem Vergehen wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes wurde Baumann dagegen freigesprochen. Letzteres dem Stromer in Nürnberg zur Notiz.

## Gewerkschaften.

**Metallarbeitergewerkschaft.**  
Leipzig. Es ersuche alle Bevollmächtigten unserer Gewerkschaft, mir sofort Krankenlistenstatuten, die sie vielleicht bis zur Generalversammlung nicht verwerthen können, zuzustellen, da die Vorortverwaltung keine mehr hat, und ich sofort welche brauche.

R. Ludwig, Bevollmächtigter.  
Bayrische Straße Nr. 9 c, 4 Treppen.

**Leipzig-Sellerhausen.** Am Sonnabend Abend haben 50 Mann in der Bozeischen Maschinenfabrik und Eisengießerei die Arbeit niedergelegt, da sie die Woche 4 Stunden länger arbeiten sollten und zwar für denselben Lohn. Zwar arbeiten noch die große Hälfte, aber die streikenden Arbeiter halten fest zusammen, da sie ihr Wort nicht brechen wollen. Die Streikenden sind fast sämmtlich verbeirathete Leute und somit thut schnelle Hülfe noth. Näherer Bericht folgt.

Alle Arbeiterblätter werden ersucht, Obiges in ihre Spalten mit anzunehmen.  
Der Obige.

**Lechhausen.** Allen Genossen, besonders den Metallschlägern, zur Nachricht, daß die hiesigen Gehilfen in einigen Tagen an ihre Meister mit der Forderung um Arbeitszeitverkürzung mit entsprechender Lohnhöhung herantreten werden. Ob die Forderung gutwillig genehmigt wird, ist fraglich, und ersuchen wir deshalb alle Metallschläger-Gehilfen jetzt schon, den Zuzug streng fernzuhalten. Näherer Bericht folgt.

Mit genossenschaftlichem Gruß  
Der Bev.: Alb. Lichtensteiger.  
NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Aufnahme obiger Notiz gebeten.

## Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

**Samburg.** Kameraden! Der Frachtag ist da! Vier Monate sind es bereits, daß unsere Memeler Kollegen sich im Kampfe befinden. Vier Monate sind es bereits, daß sie mit Weib und Kind diesen so strengen Winter im Kampfe gegenüber der Kapitalmacht fest standen, und mancher brave Mann hat während dieser Zeit mit seiner Familie Stunden erlebt, die mit zu den erbärmlichsten seines Lebens gerechnet werden können. Aber trotz alledem halten sie das Haupt stolz empor, vertrauen auf ihre gerechte Sache und auf ihre Kameraden in Deutschland, und sehen jetzt mit Freude dem Frühling entgegen, da das Fahrwasser offen und die Schifffahrt wieder begonnen hat. Es gehen jetzt eine Masse unserer Kollegen zur See, und die Herren Meister werden wohl bald zu der Einsicht gelangen, daß eine Lohnreduktion, wie Classifizierung in Memel nicht einzuführen ist. Also die Bestimmungen der Paragraphen des Meisterbundes sind in Memel nicht durchzuführen. Ein Meister in Memel, Namens Eggert, ist ein besonderer Arbeiterbeglader; derselbe begab sich am 15. Januar ungebeten auf die Herberge unserer Kollegen und bot einen Lohn von 4 1/2 Sgr. per Stunde an, das heißt, er wollte von jedem in Arbeit stehenden Mann die Woche 1 Thlr. einbehalten. Hierzu sollten sich unsere Kollegen mit Namensunterschrift verpflichten, dann könne die Arbeit wieder los gehen. Unsere Kameraden „verpflichteten“ sich aber anders, indem sie dem Herrn Meister die Herberge so schnell wie möglich verwiesen, was jedenfalls eine unerwartete und unangenehme Uaterschrift für unseren so beglückenden Arbeiterfreund war. Jetzt läuft derselbe Herr umher und sucht Leute für 1 Thlr. 8 Sgr. Lohn und 20 Sgr. Garantie, die er jede Woche von dem Wochenlohn einbehalten will, anzumerben. Er ist also mit seiner Garantie etwas müßiger geworden. Ob dieses auch wohl ein Beschluß des Meisterbundes ist? Oder ob es blos eine Idee des Meisters Eggert ist, das Geld nicht allein für sich als Garantie einzuziehen, sondern daß er auch zu gleicher Zeit im Interesse seiner Arbeiter zu handeln sich einbildet, wenn er die Arbeiter zu bewegen sucht, beim Bau eines neuen Schiffes auf einen solchen Contract einzugehen, da nach Beendigung des Baues der Arbeiter ja eine ziemlich große Summe Geld erhalten würde? Es soll gewissermaßen eine Ueberraschung sein, daß der Arbeiter sein Eigenthum auf einmal erhält, natürlich ohne Zinsvergütung. Wir danken solchen Herren für den arbeiterfreundlichen Willen und erklären einfach, daß wir selbständig genug sind, und daß, wenn noch etwas von dem künftigen Wochenlohn übrig bleiben sollte, ein jeder Arbeiter es sich wohl selbst zurücklegen wird, wo es dann in seinen Händen ebenso gut aufgehoben sein wird, wie in den Händen der Meister. Wenn aber beyweckt wird, dem Arbeiter einen Theil seines Wochenlohnes abzuziehen, der als Garantie für den Meister zu dienen hat, im Falle der eine oder der andere Arbeiter sich verbessern (mehr verdienen) und daher seine bisherige Arbeit verlassen und die für ihn bessere antreten würde, um ihn lahm zu legen dadurch, daß der abgezogene Lohn zurückbehalten wird, so werden sich wohl wenige Arbeiter finden, die sich das gefallen lassen. Es ist überhaupt an der Zeit, daß die Arbeiter nur mit Mißtrauen Alles aufnehmen, was von den Arbeitgebern ausgeht. Hat doch erst kürzlich wieder ein Notar und Procurator, Carl Friedrich Gustav Helmslampff, in Cuzhafen massenhafte Arbeiter, allein stehende Frauen und Wittwen, Diensthofen und kleinere Handwerker um ihre mühevoll verdienten Ersparnisse, die sie sich am Munde abgedarbt, betrogen. Indem dieselben ihre Habe diesem Notar und Rechtsanwalte sei, nicht betrogen zu werden. Das „Cuzhafener Tageblatt“ schreibt darüber, daß der Verlust der dortigen Amtseinkommen den Verurtheilten nach sich auf 300,000 Mark belaufen könne. Die Geschäftsmanipulationen dieses Helmslampff seien folgende gewesen: Er suchte alle flüssigen Gelder an sich zu bringen, gab als Schuldscheine meistens nur eine, auf einem Stück Papier geschriebene Empfangsbescheinigung ab mit dem Vermerk darauf, daß der Betrag in seinem Hauptbuche eingetragen sei. Diese Bescheinigung, schwangte er den Leuten vor, genüge vollständig und brauche nicht wie ein formeller Schuldschein gestempelt zu werden. Als der elende Wicht eine ziemliche Summe beisammen hatte, reiste er ab — auf Rimmerwiedersehen, und ließ sich insolvent erklären. Ich will nur damit beweisen, daß wir Arbeiter wohl mit Recht ein Mißtrauen hegen müssen und uns auf solche Bedingungen, wie sie der Meister Eggert gestellt hat, niemals einlassen können. Wir rufen daher unsern Memeler Kollegen zu: haltet fest, und zwar so lange, bis Ihr Euer altes Recht wieder erlangt habt. Ihr Kameraden Deutschlands dürft aber nicht erlahmen, so lange unsere Memeler Kollegen noch einen Hanken Muth in sich fühlen, den Kampf weiter zu führen, denn verlieren unsere Kameraden, haben wir Alle mit verloren; ihr Sieg ist unser Aller Sieg. Darum vorwärts, die Meister wollen mit uns kämpfen. Nun, zeigen wir den Herren denn, daß wir zu kämpfen

verstehen, darum seid fest auf dem Posten, den Zuzug muß ein Jeder von Memel wie Lübeck fern halten. — Ueber Lübeck nächstens inen Bericht.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
D. Große.

**Bereit der Sattler und Berufsgeossen.**  
Harmen. Colleg. Deutschlands, organisiert Euch und tretet energisch für die Verbesserung Eurer Lage in die Schranken! Dieser Mahnruf erschalle von Ohr zu Ohr, denn besonders für uns hat schon längst das Sprüchwort: „Handwerk hat goldenen Boden“ seine Bedeutung verloren und sind wir eher schlechter als besser gestellt als vor mehreren Jahren. Selbst der Tagelöhner ist besser daran, weil letzterer keine Leibezeit dazumachen hat und weil sein Lohn von der ersten Stunde an mehrere Jahre lang den Lohn eines gelernten Sattlers übertrifft. Darum, Kollegen allerwärts, aufgewacht, und schließt Euch den schon organisierten Massen an, damit wir nicht noch tiefer sinken. Allen Kollegen zur Nachricht, daß das Arbeitsnachweis-Bureau sich Heubrunnerstraße 27, Ecke der Parlamentsstraße, befindet, woselbst auch jeden Montag Abends 8 Uhr die Versammlungen stattfinden.  
Mit collegialischem Gruß  
Carl Schuler, Vertrauensm., Berlinerstr. 53.

## Correspondenzen.

**Leipzig.** In Nr. 80 des „Leipziger Tageblattes“ wird folgender Blödsinn verübt:

„Leipzig, 20. März. Einer recht komischen Auffassung in Bezug auf unsere liebe Stadt Leipzig begegnen wir neuerdings wieder in einer Anzahl auswärtiger Blätter. Es wird daselbst bei Gelegenheit der Besprechung des Congresses, den die Hirsch-Dunker'sche Gewerksvereine während der Osterfeiertage in Leipzig abzuhalten gedenken, darauf aufmerksam gemacht, diese Vereine gingen dieses Mal zum Angriff über, indem sie sich in derjenigen Stadt versammelten, welche „den Hauptstich der Internationale bilde.“ Unsere verehrten hiesigen Leser werden sich mit uns eines Lächelns über diese Bemerkung nicht erwehren können. Fast in keiner anderen größeren Stadt in Deutschland hat seit Jahren die Sozialdemokratie, so oft sie sich bei Wahlen u. a. auf den öffentlichen Kampfplatz wagte, solche klägliche Niederlagen erlitten, als dies thatsächlich in Leipzig geschehen ist. Das jüngste Beispiel in dieser Beziehung ergaben die letzten Stadtverordnetenwahlen, und wir sind sicher, daß die nächste Reichstagswahl aus der Neude die völlige Dummheit der sozialdemokratischen Partei in Leipzig dokumentiren wird. Der Umstand, daß hier zufällig einige hervorragende Agitatoren dieser Partei wohnen und das hauptsächlichste sozialdemokratische Presseorgan erscheint, ist ohne irgend welchen Einfluß von Belang auf die politischen und sozialen Zustände in Leipzig geblieben.“

Obgleich man vom „Leipziger Tageblatt“ gewohnt ist, zum größten Theil Scherereien zu lesen, so wäre es doch interessant, zu erfahren, welche „auswärtigen“ Blätter derartigen Schund veröffentlichten. Ist es vielleicht die „Magdeburger Zeitung“ oder sonst ein Reptil, welches von Leipzig aus bedient wird? Wo sind übrigens die Niederlagen, welche die Sozialdemokratie hier erlitten hat? Ist es z. B. eine klägliche Niederlage, wenn von den bei der vorigen Reichstagswahl abgegebenen 12,873 Stimmen, 3651, also beinahe 1 Drittel, auf den sozialdemokratischen Kandidaten kommen? Die Stadtverordnetenwahl ist nicht erwähnenswert, denn die sozialdemokratische Partei hat sich als solche nicht dabei betheiliget. Der Hirsch-Dunker'sche Verhandlungstag ist der Sozialdemokratie sehr gleichgültig, die Mehrzahl der Arbeiter weiß doch, was von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zu halten ist.

**Grimmischau, 21. März.** Kommenden 6. April wird es netto ein Jahr, daß keine Volksversammlung am hiesigen Orte abgehalten ist, und man könnte deshalb zu der Vermuthung gelangen, daß die Bewegung hier stockt; dies ist aber keineswegs der Fall, denn der Zusammenhalt der Partei- und Gesinnungsgenossen ist immer noch so fest wie früher. Den deutlichsten Beweis hierfür geben die Nennungen, welche fortwährend im „Bürger- und Bauernfreund“ erscheinen, als: freiwillige Beiträge für „politische Jahastifte“, für den „Unterstützungsfond“, für die „Familie Jord's“ u. s. w. Für Letztere sind bis jetzt ca. 60 Mark eingezogen und kommen immer noch freiwillige Gaben ein. Aber wir müssen doch einmal eine Volksversammlung abhalten, um dem jetzt immer lecher werdenden „Grimmischauer Anzeiger“ (Amtsblättchen) wieder tüchtig heimzuleuchten, denn das „Amtsblättchen“ möchte lieber heute als morgen Grimmischau borussifiziren. Preussische Schlachtengedenktage in seiner politischen Uebersicht gefeiert zu sehen, ist schon etwas bekanntes, doch unbekannt ist es wohl, daß man sich hier und da in die Ohren flüstert, der Reptilienfond habe auch hier seine Hand im Spiele. Da wäre wohl eine Volksversammlung mit einer dem entsprechenden Tagesordnung am Plage.

Partei- und Gesinnungsgenossen! Wanzgleich unser Lokorgan, der „Bürger- und Bauernfreund“, eine ziemlich ansehnliche Zahl Abonnenten hier aufzuweisen hat, so müssen wir doch keinen Augenblick veräumen, neue Abonnenten denselben zuzuführen. Ein Jeder, der Partei- und Gesinnungsgenosse sein will, muß jedes Quartal einige neue Abonnenten bringen. Auch für die größere Verbreitung des „Volksstaat“ muß Sorge getragen werden. Mit Genugthuung sehen die Wähler des 18. Wahlkreises auf ihren Abgeordneten, da derselbe überall Bericht über die Thätigkeit des Reichstages gibt, wir wünschten nur, daß derselbe auch in den kleinen Orten Bericht erstatten könnte, oder daß andere Kräfte, an denen doch wahrhaftig kein Mangel ist, für ihn die Arbeit übernehmen. Wenn wir nicht falsch berichtet worden sind, so will der von den Meeranern heimgeschickte Agitator der hiesigen Reichstreuen sein Glück hier versuchen und unserm Abgeordneten Opposition machen. Nun, die Arbeiter Grimmischau's sollen wahrscheinlich auch einmal etwas zu lachen bekommen. Nächstens mehr.

**Auerbach i. F.** Der 28. Februar brachte auch hier wieder reges Leben unter die Bevölkerung. Es war für Nachmittags 3 Uhr in der Centralhalle eine Volksversammlung anberaumt mit der Tagesordnung: „Die Thätigkeit des deutschen Reichstages und die Sozialdemokratie.“ In das Bureau wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Stadtverordneter Müller, als 2. Louis Wittig. Wiemer aus Magdeburg referirte. Derselbe führte an, daß es zwar nicht seine Sache sei, einen vollständigen Bericht über die legislatorische Thätigkeit des Reichstages zu geben, vielmehr wäre dies Pflicht des Abgeordneten für den 22. Wahlkreis Dr. Georgi, er wolle deshalb sich nicht mit dem besassen, was Dr. Georgi im Reichstage gethan, sondern sich an die Beschlüsse des Plenums halten. Der Bericht, den Wiemer gab, war klar und umfangreich, fast jedes einzelne Gesetz, das dem Reichstage vorgelegt, wurde eingehend erläutert und kritisiert. Nach der Meinung des Redner hat auch diesmal der Reichstag nicht seine Schuldigkeit gethan, indem so ziemlich alle Gesetze, die derselbe angenommen, sehr

\*) Hofendorfs.  
\*) Krim wider Bismard.



wenig dem freiherrlichen Verlangen des Volkes genügen. Der Liberalismus wird auch nicht mehr den Interessen der Regierung als dem Volke dienlich sein, da er die Regierung gegen das Volk braucht. Redner empfahl, nur einmal die Reichstagsreden nach den stenographischen Berichten zu lesen, da würden die Leser sicher herausfinden, daß die Reichstreuen servil, die sogenannten „Reichsfeinde“ frei und offen zu Werke gehen. Er rief, den Berichten liberaler Zeitungen über die Thätigkeit des Reichstages nicht allzuviel Glauben zu schenken, indem derartige Berichte sehr schönfärbisch abgefärbt, und in Bezug auf die Thätigkeit der „Reichsfeinde“ verflümmelt und entfleißt seien. Wollte das Volk haben, daß der Reichstag etwas Ersprießliches leiste, so habe es selbst dafür zu sorgen, daß der Reichstag nicht zur bloßen Farce, sondern zu einer wahrhaften gesetzgebenden Versammlung werde, und sei darum auch für gute Wahlen zu sorgen. Es sei dieserhalb Pflicht, nicht nur den Lehren der Sozialdemokratie Beifall zu zollen, sondern auch für dieselben einzutreten, und für die Verbreitung derselben durch Wort und Schrift beizutragen, und bei Zeiten eine genügende Organisation zu schaffen. Die Sozialdemokratie wolle bei den nächsten Wahlen ihren „Rückgang“ illustriren; falls das Bild anders aus, als sich die Gegner dies einbilden, so möge man nicht wieder nur einzelnen Agitatoren die Schuld beimessen, die Aufregung in das Volk hineingetragen zu haben, sondern einsichten lernen, daß das Volk zu begreifen beginne, daß es sein Heil in sich selbst suchen müsse.

Der Referent endete unter lautem Beifall der von circa 450 Personen besuchten Versammlung.

Als sich trotz wiederholter Aufforderung Niemand zum Wort meldete, berührte Wiemer noch kurz die Bestrebungen der Sozialdemokratie, und schloß hierauf der Vorsitzende mit der Aufforderung zu kräftiger Organisation und mit Hinweis auf den bis zum letzten Lebenshauch unermüdeten Kämpfer Th. Nord die Versammlung.

**Zalkenstein i. F.** Am 2. März, Abends 8 Uhr fand hier eine Volksversammlung statt, bei der sich herausstellte, daß der Saal des „Tunnels“ nicht angrenzenden Lokalitäten zu klein war, die Menschenmassen anzunehmen, die selbst stundenweit aus der Umgegend herbeigeströmt kamen, um dem Vortrage des Herrn Wiemer aus Magdeburg über: „Die Ziele der Sozialdemokratie, und über die Thätigkeit des deutschen Reichstages“ beizuwohnen. Kopf an Kopf gedrängt füllten die Rassen den Saal, die Zimmer und die Treppen. Viele hatten den Weg umsonst gemacht, sie fanden keinen Einlaß mehr. Robert Poller führte den Vorsitz und ertheilte Wiemer das Wort. Eines heiteren Vorfalles sei hier erwähnt: es konnten vielleicht nur 10 Personen sitzen, und so wollte sich auch ein hiesiger Fabrikant in der größten Gemüthsruhe den Vortrag anhören und nahm zufällig am Bureauische Platz. Doch kaum bestieg der Redner die improvisirte Tribüne, als das Mäuschen wie von einer Tarantel gestochen, aufsprang, und sich mit seinem Stuhl in den Bereich der Polizei flüchtete, jedenfalls aus Furcht „petrolirt“ zu werden.

Wiemer legte die Ziele klar, die wir auf volkswirtschaftlichem Gebiete erstreben, und führte die Nachteile der heutigen Produktion Jedem klar vor Augen. Redner bestritt, daß unter der heutigen staatlichen und gesellschaftlichen Organisation sich neunenswerthe Erfolge erzielen lassen, um die Menschen freier und besser zu stellen. Es sei vollständig verkehrt, durch Mittel à la Schulze (Delitzsch) auf die heutige Produktion erfolgreich einzuwirken; so lange der Arbeiter nicht Eigenthümer des ihm rechtmäßig zukommenden Ertrags seiner Arbeit sei, und in politischen Fragen rechtlos dastehet, sei alles Gerede vom „freien“ Arbeiter lächerlich. Stets seien diejenigen mit Misstrauen zu betrachten, die unter dem Scheine der Arbeiterfreundlichkeit an den Arbeiter herantreten und seine Lage bessern wollten, ohne zu gleicher Zeit für vollständige Beseitigung der Privatproduktion einzutreten. Wiemer schilderte hauptsächlich die Lage der Weber in unserer Gegend, und wies schlagend nach, daß sie trotz der Geschäftskrise bedeutend mehr arbeiten müssen, als früher, denn für ein Stück Waare, für das sie früher 2 Thlr. 10 Ngr. bekamen, erhalten sie pro Stück jetzt 1 Thlr. 20 Ngr. oder 1 Thlr. 25 Ngr.; um den Ausfall zu decken, produziren die Weber in 14 Tagen ein Stück mehr, arbeiten also länger als bei Zeiten des flotten Geschäftsganges, und haben trotz alledem nicht mehr Nahrung, da nur das Brod einige Pfennige billiger geworden ist. Sie, die Arbeiter, sollten durchaus sich nicht dem Wahne hingeben, als ob, wenn die Löhne sinken, und auch dasselbe mit den Preisen der Lebensmittel der Fall wäre, ihre Lage sich dadurch bessere. Denn ob sie den Tag 1 Thlr. verdienen, und sie brauchen um ihre Bedürfnisse zu befriedigen diese Summe, oder ob sie 10 Ngr. verdienen und damit dasselbe bekämen, was sie für 1 Thlr. erhalten, ändere an ihrer Lage nichts. Auch sollten sie nicht glauben, daß es beim Alten bliebe, und für ihre Branche (Gardinenweberei) niemals der mechanische Webstuhl eingeführt werden könnte; auf dem Gebiete der Technik werden tagtäglich Fortschritte gemacht, und was bei 99 Versuchen mißglückt, ist beim 100. vollendet. Dann wird auch in diesem Geschäftszweig das Völkchen „Selbstständigheit“ verschwinden, und die Gardinenweber würden als Lohnarbeiter unter dem „Schirm und Schutze“ einer despotischen Fabrikordnung ihr jämmerliches Dasein weiter zu fristen haben. Der Referent rügte es entschieden, daß die Mehrheit der Arbeiter für die Fortschritte der Industrie noch nicht genügend Verständnis besitze, und den Forderungen ihrer hestehenden Genossen immer ein „es hilft ja doch nichts“ entgegenzusetzen. Der Arbeiter soll seinem Namen auch Ehre machen, er habe nicht nur zu arbeiten, um andere reich zu machen, nein! es sei unendlich edler, daß er auch für seine Rechte als Mensch eintrete, daß er arbeite an seiner Befreiung aus den Banden der Lohnsklaverei und des Despotismus der heutigen Gesellschaft. „Laßt Euch“, fuhr der Redner fort, „nicht täuschen von dem Geschrei unserer Gegner, die da behaupten, durch uns würde die Cultur vernichtet, es würden die Zustände der Barbarei herbeigeführt! Was wir wollen, ist das Beste, ist die Wohlfahrt Aller. Unsere Gegner lassen die edelsten, die besten Denker, Kämpfer und Erfinder der Neuzeit verhungern wir wollen die Ideen, die Gedanken derselben verwirklichen, somit sind wir die wahren Kulturkämpfer, die Bahnbrecher einer neuen besseren Zukunft.“ Der stürmische Beifall und das laut geäußerte Verlangen, zu einer Organisation zusammenzutreten, war das beste Zeugniß, daß der sozialistische Saame auf guten Boden fiel.

Nach einer kurzen Pause schilderte Wiemer die Thätigkeit des deutschen Reichstages, und forderte auf, das nächste Mal zu wachen und thätig zu sein, und einem Manne die Stimme zu geben, der von gleicher Liebe für das Volk befeuert sei, und so energisch für dessen Rechte eintrete wie Theodor Nord es gethan. Freiwillig drängten sich die Anwesenden herbei, um außer mehreren Thalern zur Deckung der Kosten, noch einige Spenden für Nord's Familie zu hinterlegen. Dies Alles kommt vom — „Rückgange der Sozialdemokratie.“ Robert Poller.

**Stolln, 14. März.** (Versammlungsbericht.) Heute fand im Lokale des Herrn Borberg am Hof eine von beiden Fraktionen der sozialdemokratischen Partei gut besuchte Versammlung statt. Herr Rittinghausen referirte über den 1. Punkt „Politische Rundschau“ in sehr ausführlicher Weise, wovon hier Einiges folgen möge. Daß sich in die heutige Gesetzgebung manche Irrthümer — abgesehen vom Klasseninteresse — einschleichen, käme auch daher, daß man in den deutschen Parlamenten mit einer so großen Eile arbeite, und wahrlich nicht spielt hier die Diätenlosigkeit der Reichsboten eine wesentliche Rolle, wie man dies ja am Reichsbankgesetz am besten sehen könne. Ein wirksames Bankgesetz mit den äußersten Konsequenzen könne nur ein sozialdemokratischer Staat schaffen, aber nicht eine Klassenvertretung, welche nur ihr eigenes Interesse wahrnimmt. Herr Rittinghausen wies nun auf die Gesetzgebung des Alterthums und des Mittelalters hin, wo man es fertig gebracht habe, den Gesetzgeber mit einem göttlichen Nimbus zu umhüllen, indem man den Klassen sagte: die Klassenunterschiede sind eben eine göttliche Einrichtung, welche respektirt werden muß. Ferner bewies Herr Rittinghausen, daß der letzte Gesetzesvorschlag — die Nichtzahlung der Gehälter an den Clerus — mit den Maßregeln direkt im Widerspruch stehe u. s. w. Herr Schumacher sprach zum 2. Punkte der Tagesordnung: „das Programm der deutschen Arbeiterpartei“. Er hob die Vortheile hervor, welche aus der Einigung der deutschen Arbeiter entspringen, während er die großen Nachteile der Zersplitterung ebenfalls auseinandersetzte. Er kritisirte scharf das Gebahren der reaktionären Presse, welche das Geringste zu einem großen Ereigniß aufbauschte, während jetzt die Vereinigungsbestrebungen der deutschen Arbeiter fast von der gesammten reaktionären Presse todtgeschwiegen würden. Nachdem sich noch Herr Wygla diesen Ausführungen durch einige Bemerkungen anschloß, wurde eine von demselben eingebrachte Resolution mit einer kleinen Aenderung wie folgt angenommen:

„Die heutige Versammlung begrüßt mit Freuden den Programm-Entwurf der deutschen Arbeiterpartei und hofft, daß auf dem nächstfolgenden Congresse ein Programm ausgearbeitet werde, welches den Prinzipien der Sozialdemokratie vollkommen entspricht!“

Hierauf schloß Herr Moskop als Vorsitzender die Versammlung.

**Wahlheim a. M., 14. März.** Heute, Sonntag, hielten wir dahier im Vereinslocale zur „Stadt Offenbach“ eine zahlreich besuchte Volksversammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Vereinigung der sozialdemokratischen Fraktionen und das Contraktbruchgesetz“. Ueber den 1. Punkt der Tagesordnung referirte Ulrich aus Braunschweig in trefflicher Weise, worauf folgende Resolution angenommen wurde: „In Erwägung, daß die bisherige Zersplitterung der Arbeiter Deutschlands der Bewegung nur schädlich war, erklärt die heutige Versammlung mit allen gesetzlichen Mitteln für die Vereinigung aller Arbeiter wirken zu wollen.“ Ueber den 2. Punkt: „das Contraktbruchgesetz“ sprach Bloss aus Offenbach. Eine Lesersammlung für die Gemagregelten ergab 1 fl. 45 kr. Zum Schluß trennten sich die Versammelten unter dem Gesange der Marseillaise. J. A.: G. Winkel.

**Frankfurt a. M., 18. März.** Der nunmehr definitive Vorstand des hiesigen „Sozialdemokratischen Wahlvereins“ besteht aus folgenden Personen: H. Beyer, 1. Vorf.; Fr. Ellner, 2. Vorf.; A. Ruhn und Jul. Schwade, Schriftführer; J. Adam, Kassirer; Prinz und E. Müller Ersatzmänner.

**Geestendorf, 20. März.** Raum habe ich nach neunmonatlicher Einkerkerung dem Gefängniß den Rücken gekehrt, so hat die Staatsanwaltschaft zu Berlin schon wieder etwas gefunden, um mich „gemeingefährlichen“ Menschen wieder mit einiger Zeit Pfingsten zu beglücken. Heute wurde ich von dem Untersuchungsrichter zu Geestmünde vernommen, und zwar lautet die Anklage auf wiederholte Verletzung des § 130 des Rch.-Str.-Ges. B., begangen in Berlin. In zwei Versammlungen soll ich die Arbeiter gegen die besitzende Klasse aufgereizt haben: 1) Gelegentlich eines Vortrages über den Zweck und Nutzen der Gewerkschaften in einer Versammlung der Berliner Sattlergesellen am 6. Februar und 2) An dem Abende, wo in Berlin-Genosse Mitann einen Vortrag über die Ziele der Arbeiterbewegung im Wahlvereine hielt, und nach welchem ich zur Debatte sprach. — Ich bin gespannt auf den Termin, welcher nun wohl in nächster Zeit stattfinden wird. Trotz allem Nachsinnen kann ich mich nicht entsinnen, irgend ein aufreizendes Wort ausgesprochen zu haben. Nun, wir werden es ja sehen! — Arthur Staud.

**Berichtigung.** In der Lehrer Correspondenz in letzter Nummer muß es am Schluß heißen: Lohnfrage statt Lehrfrage; also: Adieu, Herr Mädchenschuldirektor Höchstetter. Lösen Sie die Bildungsfrage für Sie, die Lohnfrage wollen wir für uns lösen u.

**Erster Namens-Aufruf.**

Ferd. Derfler, Lin. Administration der „Gleichheit“, Wien. Carl Schröder, Konstanz. Christoph Stah, Brühlingen. Ernst Claar, Ober-Pelau. Peter Vera, Ahrweiler. Carl Korn, Paunsdorf. Holzarbeitergewerkschaft, Würzburg.

**Zweiter Namens-Aufruf.**

J. Kürschner, Pest. Hugo Senf, Gra. F. Feilhaber, Wien. W. Hesse, Erfurt. Arbeiter-Bildungsverein, Gra. Viktor Vertram, Pforzheim. J. Scherrn, Nürnberg. R. Paul, Nürnberg/Wahren. A. Kleinke, A. Krause, G. Gorges und Wegner, Berlin. G. Kaiserling, Schloß-Chemnitz. Harwig Harimann, Münchenbernsdorf. Julius Reichert, Mühlhausen i. Elb. Eshwolschke, Wien. Carl Dietrich, Borna. G. Kleeblatt, Heideberg. J. Stöbe, Celle. G. Exler, Kaiserlautern. Phil. Wolf, Cassel. Hans Wödele, Nürnberg. Adolf Rösch und Aug. Rösch, Frankfurt i. S. F. Zimmerle, Ravensburg. Mügliebtschaft (Fulda), Spandau. Jankale und Bredemeyer, Wandsbeck. Thiersch, Gostwitz. Grinna. Schuhmachergewerkschaft, Würzburg. G. Fretz, Heideberg. G. Busse, Hannover. E. Siff, Waldsitten. W. Grünberg, Zedden a/D. J. Schmalkheid, Bül. Verein Geestendorf. Romotiny, Polomotivführer, Meran Tyrol. F. Weber, Stuttgart. J. Pier, Kagen. G. Paull, Straßburg. Jacques Seyward, Marlich i. Elsaß. Georg Hitz, daselbst. D. Sorg Sohn, daselbst. E. Wendisch, daselbst. J. Schindler, Mühr. Schöndorf. Jean Schäfer, Marlich i. Elsaß. R. Schlingmann, Berlin. F. Obermann, Kröitzsch. Schott, Straßburg. A. Sippold, Restaurateur, Remda. E. L. Schudert, Sobland. J. Heilig, Söckel i. S. A. Eichen, Gorchheim. A. Müller, Bensheim a/Rh. Th. Dams, Berlin. J. Grunstein, Preßburg. J. Parlot, Lausanne. E. Petersmann, Bischofsweerde. E. Reichel, Düsseldorf. Partei fürth und deren Wirgen. F. Wilhelmy, Schwäbisch-Gmünd und dessen Wirgen. Mügliebtschaft, Wiesbaden auf Grund Protokollabschrift vom 16. Dez. 1872. Mügliebtschaft für den verstorbenen Engelhardt anlangend. Abschrift beglaubigt von B. Schmidt und J. Schweiß. Einwaige Beschlüsse gegen den Namensaufruf sind direkt an den Partei-Ausschuß nach Hamburg (J. Auer, Breitenstr. 39, Hinterhaus, Hof 1) zu adressiren. Einfacher Namensaufruf erfolgt dreimal, dann das Weitere. Alle Parteigenossen, Vertrauensmänner u. s. sind dringend gebeten, den Namensaufruf zur Kenntniß der Genannten zu bringen. Leipzig, Ende März 1875.

**Die Expedition des „Volkstaat“** Leipzigerstraße 44.

**Vertrauensleute und Parteigenossen** welche über den Aufenthalt der nachfolgenden Personen Ausschluß ertheilen können, werden dringend gebeten uns baldigst Nachricht zugehen zu lassen:

Carl Schröder, früher in Konstanz.  
Friedr. Zimmerle, früher in Ravensburg, Württemberg.  
A. Müller, Buchbinder, früher in Bensheim a/Rh.  
Schott, früher bei Carl Pech in Straßburg.  
Romotiny, Polomotivführer, früher in Meran Tyrol.  
Florian Holzmann, Feldhüter in Linz, Mariaburgstraße 14/L.  
Job. Reilwagen, Hakenhaarschneider, früher in Graz, nun bei Wien.  
J. J. Grotzner, früher in Neustädten bei Meran.  
G. Philipp, früher in Halberstadt.  
Th. Raab, früher in Frankfurt a/M., Indengasse.  
Müller, Kalkbrennerei-Inspektor, früher in Reitzsch i. Oberschlesien.  
Joseph Huppe, früher in Salzburg im schwarzen Köhel.  
Kaiser, Tischler in Hamburg, Poppenstraße 1/3, St. Pauli.  
Louis Schmidt, früher in Graz, Korngasse 4.  
Volkstaat-Expedition, Leipzigerstraße 44, Leipzig.

**Briefkasten**  
der Expedition: M. Naujok Usinen: Ersuchen um Angabe der Ihrem Wohnorte nächstgelegenen Postanstalt, da eine Corresp.-Karte an Sie zurückkam mit dem Vermerk: „Im Borwerk Usinen Post Spillten gänzlich unbekannt“ und die hiesige Post, um das Schriftenpaket annehmen zu können, eine nähere Bezeichnung verlangt, als: Usinen, Reg.-Bezirk Gumbinnen. — H. Danzig: Die Post-Abonnements versendet die hiesige Post. Ihre Postexpedition hätte daher nur die fehlende Nr. bei hiesiger Post zu reklamiren und sie würde die betr. Nr. erhalten. Wenn dieselbe dies nicht gethan, ist es eine strafbare Nachlässigkeit oder böser Wille vom dortigen Postbeamten. Um Sie schädlos zu halten, senden wir Ihnen aber die fehlende Nr. pr. Kreuzband.

**Quittung**  
C. Ströb Keutling. Schr. 16.15. G. Hirsch Köln Ab. 30.00. Hrn. Gred. Schr. 3.50. Edm. Gedenig Schr. 2.00. M. Konstanz Schr. 1.50. Hrn. Marx. Schr. 0.65. Schmalz Stern Schr. 0.90. An. Babenthal Schr. 1.30. Dr. Köhnik Schr. 7.85. Hrd. Heimerich Schr. 2.00. J. Müller h. Ab. 24.00. Verth. Wittm. Schr. 3.80. Schr. Lindenau Schr. 0.50. Fr. h. Schr. 0.80. Emma Witzky Schr. 15.00. Elbbg. Wien Schr. 3.00. Ldwg. h. Schr. 1.10. Dr. Jess. Kun. 0.80. Orgel Berlin Ann. 0.50. Hdsch hier Ab. 7.00. G. Franmann Duisbg. Ann. 2.50. Ann. 15.50.

Für die ausgesperrten Arbeiter der Bogel'schen Fabrik vom A.-Berein Neudorf 2.30.

**Anzeigen u.**  
Montag, den 29. März (Dier Osterfeiertag), Vorm. halb 10 Uhr, Landbergstraße Nr. 15: **Versammlung der Böttchergesellen.**  
Tagesordnung: Wie ist unser Verhalten gegenüber einer Lohnreduktion?  
Der wichtigen Sache halber ist zahlreiches Erscheinen notwendig.  
[70] H. Gragerl.

**Berlin** Gewerkschaft der Holzarbeiter.  
Sonntag, den 27. März, Abends 8 Uhr: **Versammlung** Andreasstraße 26 bei Wittel.  
Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Stolten über die gewerkschaftliche Organisation und die heutige Geschäfts-Krise.  
Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.  
Sonntag, den 10. April: General-Versammlung.  
[90] G. Lemke.

**Frankfurt a. M.** Den 1. Osterfeiertag von Abends 7 Uhr an im Lokale des Hrn. Pusch (Zeit 47) zur Gedächtnisfeier des 18. März:  
Abend - Unterhaltung.  
[125] G. Beyer.

**Hannover** Geburtstags-Feier Ferd. Lassalle's.  
Den 1. Osterfeiertag, Nachmittags von 4 Uhr an: Concert, nach 8 Uhr Ball, bei Herrn Karten.  
Concert 30 Pf., nach dem Concert 75 Pf., das ganze Fest 1 Marl. Karten sind bei Mathes, Neust. 45, Rudolph, Mittelstr. 11, Oebe, Hannistr. zu haben. (26) Für das Comité: Rudolph. [175]

**Leipzig** Die Restanten werden aufgefodert, binnen 8 Tagen (von heute an gerechnet) Zahlung zu leisten, widrigenfalls dieselben im Blatt namentlich aufgerufen werden.  
Den 20. März 1875. Volkstaat-Expedition.

**Leipzig** Allgemeiner deutscher Schneiderverein.  
Dienstag, den 30. März (Osterdienstag): **Gesellige Zusammenkunft mit Tanz bei Jakob (früher Zahn), Rosenthalgasse.**  
Anfang 7 Uhr. — Freunde u. Genossen sind hierzu freundlich eingeladen. [160] D. S.

**Menschönefeld** und Umgegend. Arbeiterverein.  
Sonntag, den 28. März: **Gesellige Zusammenkunft mit Damen im Bergschloßchen (Seitenstraße) von Abends 6 Uhr an.** [100] Der Vorstand.  
Meine Adresse ist vom 1. April ab: A. Trautmann, Rantenselstraße 25, vorn 3 Tr., Berlin. [20] G. Rathenau.

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen:  
**Lieferung 4**  
**Geschichte der Arbeiteragitation Ferdinand Lassalle's** von G. Beder. — Preis: 60 Pf.  
Buchhandlung des „Volkstaat.“

**Die Union.**  
Organ der verbündeten Gewerkschaften Deutschlands.  
Erscheint vom 1. April d. J. an wöchentlich 1 Mal.  
Abonnements - Preis vierteljährlich 60 Pfennige.  
Allen Parteigenossen, welche sich für die Gewerkschaftsbewegung interessieren, zum Abonnement empfohlen.  
Die Redaktion und Expedition der „Union“. Hamburg, Rüdigermarkt 12.

**Volkstaatkalender für 1875.**  
Dieser enthält außer dem bekannten Kalenderium (dem diesmal auch der katholische Kalender beigelegt ist), ein Verzeichniß der Messen und Märkte Deutschlands.  
Literarischer Inhalt:  
**Die Hanauer Turner im bairisch-rheinischen Kufflande 1849**, nach den Papieren ihres Corpsadjutanten, des verstorbenen Albert Dammerow. Von dem noch lebenden Sigismund Borkheim, Batterieführer in der bairisch-rheinischen Rebellensarmee; **Katze Ockra**, historisches Gemälde aus dem Bauernkrieg, von Robert Schweigel. **Wo liegt die Rettung?** Aus dem Tagebuch eines Sozialisten, von Otto Walfer. **Zur Grund- und Bodenfrage.** Verschiedenes.  
Preis 35 Pf. gegen baar.  
Bestellungen hierauf an die Buchhandlung des „Volkstaat“ zu adressiren.  
Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert.  
Redaktion Hofstraße 4, Expedition Leipzigerstraße 44, in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.